

Basta!

Nr. 4 / November 1998

Basels starke Alternative

Für ein lebendiges Kleinbasel

Matthäusquartier

Basel braucht keinen Batman, sondern brauchbare Konzepte und den politischen Willen, diese auch durchzusetzen.



In den letzten Monaten ist Kleinbasel über die nationalen Medien landesweit bekannt geworden, als ein Quartier, in dem Drogen und Gewalt ihr Unwesen treiben. Die Rundschau zeigte Bilder, die vielleicht manche und manchen an die Stadt Gotham von Batman erinnerten. Die sensationslüsterne Berichterstattung hat verschwiegen, dass in den Quartiersvereinen, in politischen Kreisen und in Organisationen der MigrantInnen seit längerer Zeit Diskussionen stattfinden und konkrete Lösungsvorschläge ausgearbeitet werden.

Kleinbasel könnte ein lebendiges und wohnliches Quartier sein, und ist dies zum Teil auch. Trotzdem kehren immer mehr Menschen dem Quartier den Rücken. Die Gründe hierfür sind seit langem bekannt. Der motorisierte Verkehr nimmt von Jahr zu Jahr zu und stellt vor allem für Kinder eine ständige Gefährdung dar. Der Lärmpegel steigt. Es mangelt an Grün- und Spielflächen. Die beiden Grossbaustellen (Nordtangente und Messe) tragen das ihre dazu bei, dass die Wohnqualität abnimmt. Auf dem Wohnungsmarkt herrscht ein krasses Missverhältnis zwischen den hohen Mietzinsen und dem mangelhaften Angebot. In gewissen düsteren Strassenzügen lernen vor allem Frauen nachts das Fürchten. Kommt hinzu, dass sich in letzter Zeit die Drogenszene und damit verbunden die Prostitution mit ihrem lästigen Freiertum im unteren Kleinbasel etabliert haben.

Kleinbasel könnte ein lebendiges und wohnliches Quartier sein, und ist dies zum Teil auch.

Als man vor ein paar Jahren die Drogenszene vom Rheinufer vertrieben hat, wurde parallel dazu eine aktive Drogenpolitik, aufbauend auf dem sogenannten Vier-Säulenkonzept des Bundes, entwickelt. Die Basler Drogenpolitik galt weiterhin als vorbildlich. Trotzdem hat sich vor der Kaserne erneut eine offene Drogenszene gebildet, und wurde auch von dort vertrieben. Doch die Verdrängungsstrategie löst keine Probleme. Jetzt ist die Szene ins Matthäusquartier ausgewichen und macht vor allem durch ihre zunehmende Gewaltbereitschaft von sich reden. Es ist ein offenes Geheimnis, dass die Drogenszene mit der Verbreitung des Kokainkonsums aggressiver geworden ist. Es wäre daher dringend, Therapiemöglichkeiten für Kokainabhängige zu entwickeln. Ausserdem könnten durch eine Legalisierung des Drogenkonsums und -handels einige Probleme wesentlich entschärft werden.

Die drohende Verwahrlosung des unteren Kleinbasels kann nicht ernst genug genommen werden. Hier sind Lösungsstrategien gefragt, die über mehr Polizeipräsenz hinausgehen. An brauchbaren Vorschlägen mangelt es nicht. Ich erinnere zum Beispiel an die ausgearbeiteten Projekte der Werkstadt Basel, an den Massnahmenkatalog des Migrationsdelegierten Thomas Kessler oder an die Veranstaltungsreihe des türkischen Vereins "Gökkusagi" mit dem Titel "Für ein 'Regenbogenland' Kleinbasel ohne Gewalt und Drogen". Bisher fehlte es allerdings am politischen Willen der Regierung, solche Konzepte auch wirklich umzusetzen.

Mutationen an:
Postfach 142, 4005 Basel

AZB
4005 Basel



Neuerdings beleben Bären das Kleinbasel.

Die Regierung hat jetzt die Gelegenheit, ihre Handlungsfähigkeit unter Beweis zu stellen. Die Bewohnerinnen und Bewohner des unteren Kleinbasels erwarten, dass Massnahmen zur Hebung der Wohn- und Lebensqualität im Quartier sofort und mit höchster Dringlichkeitsstufe an die Hand genommen werden.

Und schliesslich möchte ich auf ein weiteres politisches Anliegen hinweisen. Basel ist schon lange eine multikulturelle Stadt. Es ist daher an der Zeit, dass die Migrantinnen und Migranten die Möglichkeit bekommen, sich an der Politik zu beteiligen. Man kann nicht einfach einen wesentlichen Teil der Bevölkerung, der schliesslich auch Steuern zahlt, politisch ignorieren. Das Stimm- und Wahlrecht für MigrantInnen ist überfällig!

Zeynep Yerdelen, Bewohnerin des Kleinbasels und Grossrätin Basta!

Wohnen im Matthäus-quartier

Kleinbasel

Das Matthäusquartier ist zum Problemkind Nummer eins der Stadt Basel geworden. Nüchtern betrachtet geht es vor allem um eines: um die Wohnqualität.



Plötzlich steht das Matthäusquartier im Rampenlicht. Die nationalen Medien berichten über Deal, Drogenkonsum und Prostitution. Mit vermehrten Polizeieinsätzen versucht die Regierung, die Gemüter der BewohnerInnen zu beruhigen. Kurzfristig ist Symptombekämpfung angesagt. Während der Herbstmesse wird das untere Kleinbasel für zwei Wochen zum Stadtzentrum. Die Polizeipräsenz ist noch höher, sogar Taschendiebe können abgesetzt werden. Eine "last-force" ist eingesetzt worden, um Lösungsstrategien für den Problemkomplex "Matthäus" zu erarbeiten und umzusetzen. Bekannt ist schliesslich auch das grösste und keineswegs neue Problem: die Wohnqualität. Es ist vielleicht der Grossaktion "Werksstadt Basel" zu verdanken, dass dieses Problem, das eigentlich schon seit Jahren bekannt ist, quasi über Nacht an Gewicht gewonnen hat.

Neben der Verkehrsrage und den mangelnde Grünflächen – das Matthäusquartier gilt als das am dichtesten bebaut und bevölkerte Quartier von Basel – machen vor allem die hohen Mietzinsen den BewohnerInnen zu schaffen. Nach Angaben des Statistischen Amtes ist der durchschnittliche Nettomietpreis im Matthäusquartier mit Fr. 15.— pro Quadratmeter genau so hoch wie in Riehen, wo ähnliche Umweltprobleme nicht vorhanden sind. Ein- und Zweizimmerwohnungen sind im Vergleich zu anderen Basler Quartieren überdurchschnittlich stark vertreten. Wer eine Mehrpersonwohnung sucht, hat daher nur geringe Chancen, im Matthäusquartier eine zu finden. Die teuren, kleinen Wohnungen an schlechten, verkehrreichen Wohnlagen können fast nur an ImmigrantInnen vermietet werden, die ansonsten auf dem gesamtschweizerischen Wohnungsmarkt einen schweren Stand haben.

Die Grossbaustellen Muba und Nordtangente verschlechtern zusätzlich die Wohnqualität im unteren Kleinbasel. Anders als die AnwohnerInnen der Hordburgstrasse, die während der Bauarbeiten der Stadtautobahn eine geringe Mietzinsenkung erhalten haben, haben die AnwohnerInnen der Muba-Baustelle kein Anrecht auf eine Reduktion. Auch die "kleinen" LadenbesitzerInnen

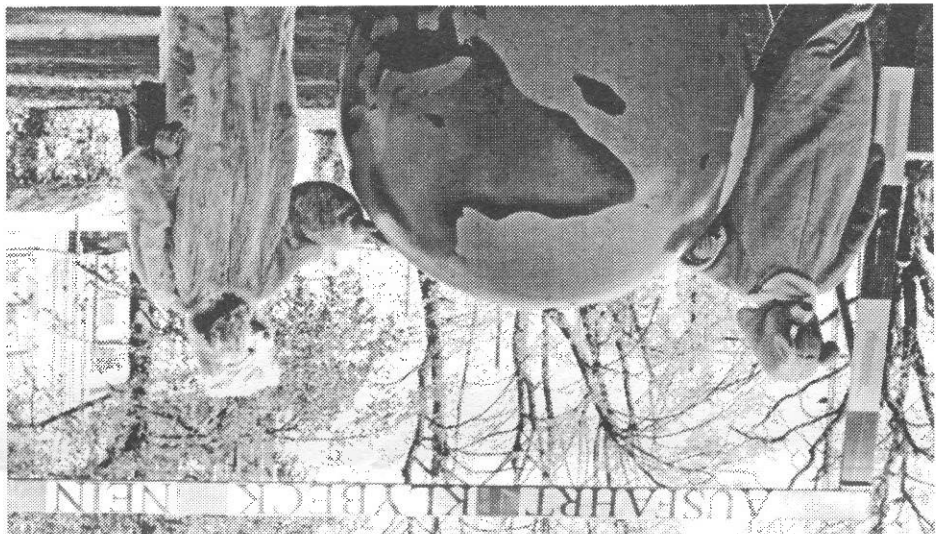
nen leiden, unabhängig von ihrer Staatszugehörigkeit, unter den überhöhten Mietzinsen, was zu einem ständigen Wechsel von "Läderei" oder unter Umständen zur Eröffnung sogenannter "Massagesalons" führt. In diesem letzten Fall sind Wirtschaftsinzinsen keine Ausnahme. Ein konkretes Beispiel: Eine Sexarbeitsnehmerin muss für ihre zweiunddreissig Quadratmeter grosse Ein-Einhalb-Zimmerwohnung 1'550 Franken bezahlen. Der MieterInnenverband Basel hat deswegen Strafanzeige wegen Wuchers erstattet. Das Verfahren ist noch hängig.

Die hohen Mietzinsen von heute sind eine Folge des Spekulationsbooms in den 80er Jahren. Nicht nur Neubauten, sondern auch Handänderungen zu einem

den jetzigen Bewohnern, die nun zugute kommen

Basel-Mitglied
Pamela Bernasconi, Geschäftsführerin MieterInnenverband Basel-Stadt, nen ins Auge zu fassen.

derung von Sanft- statt Luxusrenovationsobjekten, eine konsequente Bekämpfung von Wuchermietzinsen und die Förderung von Sanft- statt Luxusrenovationsobjekten. Als konkrete Massnahmen wären eine Mietzinskontrolle von Spekulationen, das Mietzinsniveau eher senken als erhöhen. Zugute kommen und zugute kommen die den jetzigen Bewohnern, die den jetzigen Ergebnissen der vom Ergebnis der Unabhängigkeit beitragen. Unabhängig im Quartier wohnen bleiben und zu dessen Wohnqualität erdulden, aber trotzdem andersetzen, die seit Jahren die schlechtmuss sie sich mit jenen Menschen auseinandersetzen. Wenn die Werksstadt sich der Probleme im unteren Kleinbasel annimmt, bleiben die Werksstadt sollte erhalten Migrantenquartiers sollte erhalten eines traditionellen ArbeiterInnen- und wurden. Der Charakter des Matthäus als damit die Mietzinsen noch weiter steigen Steuerzahler" attraktiver zu machen, weil Luxusrenovierungen für sogenannte "gute Wohnungen im Matthäusquartier mittels übermässigen Kaufpreises haben zu den heutigen relativ hohen Mietpreisen geführt. Es ist politisch nicht vertretbar, Wohnungen im Matthäusquartier mittels



Die Kleinbasler Bären rollen symbolisch einen "Stein" vor die Ausfahrt Kilbybeckstrasse

JA zur Finöv

Trotz Bedenken bleibt nichts anderes übrig, als der "Finanzierung der Infrastruktur des öffentlichen Verkehrs" (Finöv) zuzustimmen.

Die Finöv bezieht sich auf die vier Bauvorhaben Bahn 2000, NEAT, Anschluss an das Hochgeschwindigkeitsnetz und Lärmschutzmassnahmen. Diese gigantischen Projekte sollen in den kommenden Jahren realisiert werden, und dies zu einem Preis von rund 30,5 Milliarden Franken.

ken insgesamt, was 1,5 Milliarden pro Jahr entspricht. Grossprojekte sind selten ein Grund zum Jubeln – auch dann nicht, wenn sie der Eisenbahn zu gute kommen. Die Linke stand denn auch der ersten NEAT-Vorlage aus dem Jahre 1992 ablehnend gegenüber.

Doch die Entscheidungssituation ist heute eine andere als noch vor sechs Jahren. Der Druck auf den Transportkorridor Schweiz hat massiv zugenommen, der ständig wachsende Güter- und Personenverkehr droht uns zu überrollen. Diese Problematik stellt zur Zeit eine der grössten umweltpolitischen Herausforderungen dar. In der aktuellen Situation gilt es, Fortsetzung Seite 3

BastA! braucht auch Deine/Ihre Unterstützung

Liebe Freundinnen und Freunde

BastA! steht für eine Politik, die der sozialen Gerechtigkeit verpflichtet ist. Soziale Gerechtigkeit meint eigentlich etwas ganz Einfaches: Jede Frau und jeder Mann hat Anspruch auf ein Leben in grösstmöglicher Selbständigkeit und Würde.

Für BastA! war es daher keine Frage, dass gegen die **Streichung der kantonalen Beihilfen** das Referendum ergriffen werden musste. Der Erfolg in der Volksabstimmung hat uns um so mehr gefreut, als er nicht unbedingt erwartet werden konnte, und er hat uns bestärkt, auch weiterhin gegen jeglichen Leistungsabbau im Sozialbereich anzutreten.

BastA!

Basels starke Alternative

BastA!
Basels starke
Alternative
Rebgasse 1
Postfach
4005 Basel
Tel./Fax 061
691 16 31
PC 40-31244-5

Unternehmen zur Kasse bitten, die nur noch dem Shareholdervalue huldigen und trotz guter Geschäftslage Stellen abbauen. BastA! betritt mit dieser Initiative politisches Neuland. Zumindest in der Schweiz ist bis anhin kein vergleichbarer Vorstoss bekannt.

Und nicht zuletzt steht BastA! für eine Politik, die vor grundsätzlichen Fragen nicht Halt macht. Die herrschenden gesellschaftlichen Strukturen zementieren das Gefälle zwischen Arm und Reich und führen dazu, dass einer Minderheit von Profiteuren eine wachsende Zahl sozial Benachteiligter gegenübersteht. Unser Einsatz für diese Menschen verfolgt das Ziel, die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Verhältnisse **im Interesse einer solidarischen Gesellschaft umzugestalten**. Für eine wirklich solidarische Gesellschaft nämlich wäre «soziale Benachteiligung» ein Fremdwort.

Der Wille, in der politischen Landschaft etwas in Bewegung zu setzen, ist das Eine, die Mittel das Andere. «Geld spielt keine Rolle», sagen diejenigen, die es im Überfluss haben. Wir hingegen sind auf Geld angewiesen. **Deine/Ihre Spende ist** uns nicht nur deshalb willkommen, weil sie dazu beiträgt, unsere chronisch prekäre Finanzsituation zu verbessern; sie **ist uns auch Zeichen** dafür, dass unsere Politik geschätzt und unterstützt wird.

Basel im November 1998

Rita Schiavi
Rita Schiavi

N. Wagner
Nicole Wagner

Zeynep Yerdelen
Zeynep Yerdelen

Ueli Mäder
Ueli Mäder



«BastA! hat innovative Ideen (z.B. die Entlassungssteuer für Grossunternehmen), ist kulturell aktiv, kümmert sich um die Wohnlichkeit der Stadt und verteidigt die sozialen Rechte. Deshalb unterstütze ich BastA!»

Ruth Mascarin
Dr. med Ruth Mascarin

Fortsetzung von Seite 2

alle Massnahmen zu unterstützen, die eine generelle Verringerung des Verkehrsaufkommens begünstigen, vorab all diejenigen, die geeignet sind, den Güterverkehr von der Strasse auf die Schiene zu bringen.

Der Ausbau der Bahn ist eine unabdingbare Voraussetzung dafür, den Alpenschutzartikel auch wirklich umzusetzen. Die Finanzierung der Bahnprojekte ist über die leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe (LSVA) weitgehend gesichert. Es wäre daher nur logisch, wenn nach der Annahme der LSVA nun auch die aktuelle Vorlage die Abstimmungshürde nehmen würde. Doch leider schläft die Gegenseite nicht (Blocher lässt grüssen), so dass es auf jede Stimme ankommt. – Also, trotz der berechtigten Bedenken: JA zur FinöV!

Nicole Wagner
Grossrätin BastA!



BastA! international, heute: Lissabon (Foto: Anne-Lise Hilty)

Drogen am Kiosk?

DroLeg

Nein, das ist nicht die Stossrichtung der DroLeg.



“In dem Augenblick, in dem der Staat das Drogenmonopol übernimmt und Drogen zum Preis ihrer Gestehungskosten defensiv vermarktet, ist das organisierte Verbrechen aus dem Geschäft. Der Angebotsdruck wird nachlassen, der illegale Markt zusammenbrechen. Das ist keine Glaubensfrage, sondern eine ökonomische Gesetzmässigkeit.” Diese Meinung vertritt Günther Amendt, bekannter Soziologe und Publizist in Drogenfragen, im Suchtmagazin Nr. 5, 98.

Die “Initiative für eine vernünftige Drogenpolitik – DroLeg” will genau das verwirklichen, was Günther Amendt vorschwebt: Sie fordert ein staatliches Monopol für Handel und Vertrieb von Betäubungsmitteln, und als logische Konsequenz daraus die Straffreiheit für Konsum, Anbau und Erwerb solcher Substanzen. Der Bund würde Lizenzen an Betriebe erteilen, welche zu gewerbmässigen Zwecken Betäubungsmittel produzieren beziehungsweise vertreiben, und würde eine Steuer erheben (ähnlich wie bei den legalen Drogen Alkohol und Tabak), mit welcher unter anderem Präventionsmassnahmen und die Erforschung der Ursachen des Drogenmissbrauchs finanziert würden.

Nachdem im Herbst die reaktionäre Initiative “Jugend ohne Drogen” an der Urne eine klare Abfuhr erlitten hat, gerät das drogenpolitische Vier-Säulenkonzept des Bundesrates nun erneut unter Druck, diesmal allerdings von ganz anderer Seite. Die DroLeg will nämlich die vierte

Säule – die “Repression” – zugunsten von Prävention und Forschung demonstrieren. Die InitiantInnen vertreten die Ansicht, dass das seit vierzig Jahren praktizierte Modell der Bestrafung von Drogenkonsum und -handel das eigentliche Übel darstellt. Die strafrechtliche Verfolgung der KonsumentInnen fördert letztlich deren Verelendung. Nach einer Annahme der Volksinitiative würde sich die Aufgabe von Polizei und Justiz darauf beschränken, für die Einhaltung der Konzessionsbedingungen zu sorgen. Ob allerdings der Schwarzmarkt gänzlich verschwinden würde, ist schwer vorzusagen. Die InitiantInnen räumen ein, dass eventuell ein “Graumarkt” weiterexistieren könnte.

Die GegnerInnen argumentieren, die Schweiz werde sich bei einer Annahme der Initiative drogenpolitisch isolieren. Das ist durchaus richtig und von den InitiantInnen auch so gewollt. Die Schweiz soll den Alleingang wagen, indem sie sich von der Repressionsdoktrin und damit von einer stark an den Vereinigten Staaten orientierten Drogenpolitik verabschiedet. Das ist ja gerade die Würze der Initiative. Eine Annahme der DroLeg hätte mit Sicherheit Auswirkungen weit über die Landesgrenzen hinaus, zum Beispiel auf Länder wie Kolumbien, wo die Drogen produziert werden. Dort wurden im sogenannten “Drogenkrieg” zwar die grossen Kartelle von Medellín und Cali zerstört, doch an deren Stelle traten postwendend viele kleinerer Produzentenorganisationen. In der Logik des Marktes bedeutete dies: Zunahme der Produktion, Überangebot bei

uns im Westen, sinkende Preise und Konsumanstieg. Solange in den reichen Industrienationen ein Absatzmarkt für illegale Betäubungsmittel besteht, ist der Drogenmafia nicht beizukommen.

Die GegnerInnen der Initiative befürchten, die Schweiz werde nach einer Annahme von “Drogentouristen” aus dem Ausland überschwemmt. Die Befürchtung ist nicht ganz von der Hand zu weisen, und in der konkreten gesetzlichen Ausgestaltung müsste diese Frage sorgfältig angegangen werden. Ein vor allem von MedizinerInnen vertretenes Argument wendet sich gegen den Passus, wonach Betäubungsmittel, die aus nicht medizinischen Gründen konsumiert werden, keiner Rezeptpflicht unterstehen. Die Diskussion ist bekannt aus den 68er-Jahren, wo die Forderung nach einem selbstbestimmten, hedonistischen Drogenkonsum laut wurde. Heute ist sie wohl eher ökonomisch als ideologisch besetzt, denn die ca. 30'000 von illegalen Drogen Abhängigen in der Schweiz stellen längst ein nicht zu unterschätzendes Potential auf dem Gesundheitsmarkt dar.

Die Initiative hat wenig Chancen, angenommen zu werden. Gerade deshalb ist es wichtig, ihr zu einem möglichst guten Resultat zu verhelfen. Ein hoher JA-Stimmenanteil wäre ein deutliches Signal an die politischen Instanzen, bei der bevorstehenden Revision des Betäubungsmittelgesetzes (BtmG) doch zumindest die Legalisierung der sogenannten weichen Drogen gesetzlich zu verankern. Eine Kanterniederlage hingegen könnte den rechtspopulistischen Kreisen wieder Auftrieb geben. Schon jetzt ist die Erhöhung der Plätze in der heroingestützten Behandlung von dieser Seite unter Beschuss geraten.

Die DroLeg hat etwas Visionäres; gerade deshalb gilt es, sie zu unterstützen.

Beni Arnold

Entlassungssteuer

Clariant und Ciba fusionieren. 3000 Stellen sind weg. Auch wenn Basel diesmal glimpflich davonzukommen scheint: der Stellenabbau geht weiter. Und weiter geht auch die Unterschriftensammlung für unsere Initiative. Mitglieder und SympathisantInnen seien daran erinnert, dass die Aktion „Entlassungssteuer“, bei der attraktive Preise zu gewinnen sind, noch bis Ende November läuft.

☐ Ich interessiere mich für BastAI! Schickt mir mehr Unterlagen.

☐ Ich möchte regelmässig von BastAI! hören. Ich spende mindestens Fr. 50.- und bekomme den detaillierten BastAI!-Versand.

☐ Ja, ich will Mitglied von BastAI! werden und bezahle einen monatlichen Beitrag von Fr.

(Richtgrösse ist 1% des Nettoeinkommens, der Minimalbeitrag für Leute mit geringem Einkommen beträgt Fr. 10.- pro Monat).

☐ Ich unterstütze BastAI! als GönnerIn, schickt mir Einzahlungsscheine.

Name:

Vorname:

Strasse:

Adresse:

Telefon/Fax:

Bitte einsenden an:
BastAI, Basels starke Alternative
Rebgasse 1, Postfach, 4005 Basel
oder Fax 691 16 31

Ist Basel noch zu retten?

Sati(e)re

BastAI sprach mit Verzierungsrat Hama Tschutti.

BastAI: Herr Verzierungsrat, ist Basel noch zu retten?

Hama Tschutti: Bâle, c'est moi!

BastAI: Also gar keine Hoffnung?

Hama Tschutti: Steht es denn so schlimm um mich?

BastAI: Sie verlieren Ihre Chefbeamten, den Kopf, das Gesicht ...

Hama Tschutti: Davon weiss ich ja gar nichts!

BastAI: ... Ihre Drogenpolitik gilt als konzeptlos ...

Hama Tschutti: Was ist los?

BastAI: ... Ihre Drogenpolitik ... konzeptlos ...

Hama Tschutti: Ach kommen Sie, die Drögeler haben wir im Griff!

BastAI: ...und dann noch diese Affaire mit dem Labbri ...

Hama Tschutti: Ein guter Freund, der Labbri, ein guter Freund!

BastAI: Aber kein guter Freund von Reagierungsrat Wild. Der hat den Labbri doch glatt k.o. geschlagen.

Hama Tschutti: K.o., sagen Sie? Das betrifft die Sanität, da müssen Sie sich bei Heroika Phaller erkundigen.

BastAI: Phaller ist laut wut unterrichteten Kreisen im Dauerstress. Sie soll eben im Begriff sein, das Kantonsspital zu demontieren.

Hama Tschutti: Davon weiss ich ja gar nichts!

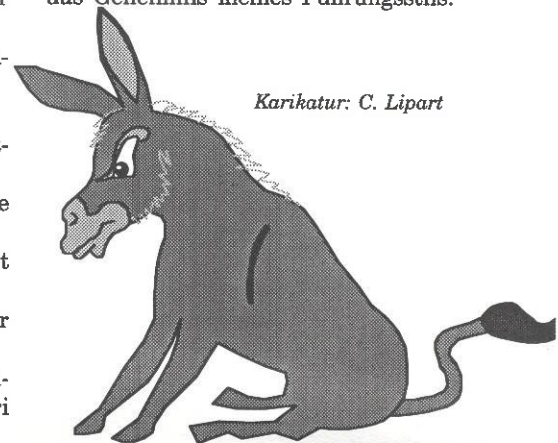
BastAI: Doch zurück zu Ihnen, Verzierungsrat Tschutti. Es heisst, Sie hätten gewisse Probleme mit Nähe und Distanz,

insbesondere im Umgang mit Frauen ...

Hama Tschutti: Also hören Sie, ich bin doch nicht verklemmt! Ich wage mich jederzeit jeder Frau zu nähern ...

BastAI: Ja eben!

Hama Tschutti: ... und Nähe schafft Vertrauen, schafft Corporate Identity. Ein Küsschen da, ein Händchen dort, das ist das Geheimnis meines Führungsstils.



Karikatur: C. Lipart

BastAI: Herr Verzierungsrat, sind Sie eigentlich bescheuert?

Hama Tschutti: Davon weiss ich ja gar nichts!

BastAI: Man munkelt, Ihre Tage seien gezählt.

Hama Tschutti: Warum erfahre ich immer alles erst aus der Presse?

BastAI: Herr Verzierungsrat Tschutti, wir bedanken uns für diese aufschlussreichen Phrasen.

Interview: B. Lödmann

Veranstaltungen

Dienstag, 1. Dezember

„Soziale Konsequenzen der Globalisierung“
Habitationsvorlesung von Ueli Mäder.

- 17.15 Uhr, Aula der Museen an der Augustinergasse, Augustinergasse 2

Dienstag, 8. Dezember 1998

BastAI-Mitgliederversammlung
- Wahl unserer NR-KandidatInnen
- politische Schwerpunkte

- 19.00 Uhr, Gewerkschaftshaus

Samstag, 12. Dezember 1998

Gemeinsame Tagung des links-grün-feministischen Bündnisse (BastAI, Grüne, FraB, Neue PdA, PdA 1944)

- Welche politischen Schwerpunkte vertreten wir im Nationalrats-Wahlkampf?
- Diskussion und Verabschiedung der Wahlplattform (ein Entwurf wird noch verschickt)
- Welchen Namen geben wir dem Bündnis?

- 13.00 Uhr, Missionshaus

Impressum: Nr. 4 / November 1998. Herausgeber: BastAI, Basels starke Alternative, Rebgeasse 1, Postfach, 4005 Basel, Tel./Fax 061 / 691 16 31, PC 40-31244-5, erscheint mind. 4x jährlich. Abo: Fr. 20.-, Redaktion: Martin Flückiger, Druck: Rumzels Basel